

besser. Aber vielleicht bin ich für dieses Thema gerade interessant, weil es vielen in meinem Alter schlechter geht.

In meiner ehrenamtlichen Arbeit, die mich auch in Kontakt zu vielen jungen Menschen bringt, berichte ich über meine Vergangenheit. Aber ich beschäftige mich auch mit der Zukunft und gebe meine Meinung weiter. Ich sperre mich

- ▲ gegen die Wandlung unserer Gesellschaft weg von den alten Werten, hin zum Eigennutz;
- ▲ gegen die Einstellung vieler junger Menschen, Kinder als Störfaktor bei der Selbstverwirklichung zu betrachten;
- ▲ gegen die Auflösung von Gemeinschaften und der Familie bis hin zur seelischen Vereinsamung im Trubel der Zeit;
- ▲ gegen ein Leben, das überwiegend darin besteht, vor einem Computer zu sitzen;
- ▲ gegen die Sucht der Menschen, in der Freizeit Events mit vielen Tausend Menschen zu besuchen, ohne Bezug zu anderen Menschen, die auch nur eines wollen: Dabei sein, wo alle dabei sind.

Seit ich vor einigen Jahren an meinen Augen den grauen Star beseitigen ließ, kann ich sogar wieder sehen wie ein Adler. Nachteil ist, dass ich nun nicht nur bei anderen alle Falten sehe, sondern auch bei mir. Da habe ich erkannt, dass ich auch nicht frei bin von den Boten des Alters. So bleibt mir nur zu wünschen, so alt zu werden, wie ich aussehe. Und das mit dem Wissen, auch noch im hohen Alter gebraucht und anerkannt zu werden.

Dr. Ruth Mattheis zum 90. Geburtstag

Ein Essay

Peter Reinicke

Frau Professor *Dr. Ruth Mattheis* ist eine Persönlichkeit, deren Wirken über viele Jahrzehnte der Betreuung und Versorgung von Menschen im medizinischen und sozialen Bereich galt. Sie absolvierte ein Medizinstudium und eine Facharztausbildung für Kinderheilkunde. Sie arbeitete in Tätigkeitsbereichen, deren Aufgabe es war, für Betroffene Wege aufzuzeigen, um mit Problemen im gesundheitlichen, persönlichen und wirtschaftlichen Bereich und ihren Folgen fertig zu werden. Wichtige Ansätze ihres beruflichen Handelns waren immer engagiertes Herangehen, Pflege der Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen und das Bemühen, ihre Erfahrungen anderen mitzuteilen und Änderungen herbeizuführen. Diese Prinzipien hat sie selbst vertreten, aber auch von anderen eingefordert. Ihr Arbeits- und Wirkungsfeld befand sich vorwiegend im Raum des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Sie ließ sich aber nicht nur auf dieses Wirkungsfeld eingrenzen. Diese Haltung wird an vielen Orten ihres Wirkens deutlich.

Ruth Mattheis gehört zu einer Generation, die viele gesellschaftliche und politische Veränderungen erlebte. Zur Welt kam sie in Tempelhof, Kreis Teltow, ab 1920 zu Berlin gehörig, wo ihre Familie seit 300 Jahren ansässig war. Dort besuchte sie die Schule. Nach dem Abitur studierte sie an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin und der Universität Halle Medizin und schloss im Jahr 1944 das Studium und die Promotion an der Berliner Universität ab. Ihre Facharztausbildung als Kinderärztin bendete sie 1951. Anschließend war *Ruth Mattheis* in Berlin-Zehlendorf im Gesundheitsamt in der Kleinkinder- und Schulgesundheitsfürsorge tätig, wo sie bis 1961 wirkte. Die Teilung der Stadt beeinflusste ihre Arbeit erheblich. Nach 1949 wurden im Zusammenhang mit den großen Fluchtbewegungen Flüchtlingslager eingerichtet. In diesen Wohnlagern lebten vor allem Familien monate- oder auch jahrelang. Es waren unter anderem das Flüchtlingslager des UNION-HILFSWERKS, Benschallee, und das Lager Düppel, in der Potsdamer Chaussee, die zu ihrem Aufgabenbereich gehörten. Beides Lager, in denen Menschen in bescheidenen Wohnverhältnissen lebten, beispielsweise in einem Wohnraum von zehn Quadratmetern für eine fünfköpfige Familie. Eine eigene Wirtschaftsführung war nicht möglich. Diese sozialen Bedingungen waren äußerst problematisch. Für Kinder gab

es kaum Betreuungsangebote. Bei den Einschulungsuntersuchungen erlebte *Ruth Mattheis* die Folgen dieser Bedingungen. Sie sah die vorhandenen Probleme, ließ sie aber nicht auf sich beruhen, sondern versuchte, Veränderungen zum Wohle der Betroffenen herbeizuführen. Sie veröffentlichte eine Studie, in der sie zu der Aussage kommt, „dass die beschriebenen Resozialisierungsmaßnahmen voraussichtlich ... der Öffentlichkeit geringere Kosten verursachen, als wenn die Mehrzahl der Familien im jetzigen Zustand der Unterstützungsbedürftigkeit belassen wird“ (*Mattheis* 1960b, S. 241-252, S. 282-290). Ein weiterer Schwerpunkt ihrer beruflichen Anfangsjahre waren Überlegungen, Hilfen für „geschädigte Kinder und ihre Familien“ einzufordern. „Wir sollten jede Gelegenheit nutzen, um mit uns gemäßen Mitteln darauf hinzuwirken, dass das Verständnis und die Hilfsbereitschaft aller Gesunden gegenüber behinderten Menschen allmählich wachsen und wirken kann“ (*Mattheis* 1960a, S. 100-104). Ein Ergebnis dieser Aktivitäten war die Gründung des Vereins „Mosaik e.V.“ im September 1965, deren jahrelange Vorsitzende sie war.

Im Jahr 1962 wechselte *Ruth Mattheis* zur Senatsgesundheitsverwaltung. Dort war sie anfangs für den Bereich Gesundheitsvorsorge und -fürsorge und später auch für den Bereich der Krankenhäuser verantwortlich. Es war eine Zeit der entscheidenden Veränderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Verantwortung für alle Mitglieder der Gesellschaft rückte wieder mehr in den Mittelpunkt. *Mattheis'* Bemühungen führten dazu, dass in Berlin bereits vor der Psychiatrie-Enquete ein Sozialpsychiatrischer Dienst aufgebaut wurde, besetzt mit medizinischem Personal und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, deren Aufgabe es war, Unterbringungen von psychisch Kranken möglichst zu vermeiden. Auch ein Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst wurde in jedem Berliner Verwaltungsbezirk eingerichtet, mit einem Facharzt, einer Fachärztin als Leiter. Ein wichtiger Bereich im Rahmen vorbeugender Aufgaben. Der Ausbau der nachgehenden Krankenfürsorge (Krebsnachsorge) war eine weitere wichtige Entwicklung. Eine andere Herausforderung stellte 1976 die Reform des § 218 Strafgesetzbuch dar. Die im Gesetz verankerten Beratungsaufgaben sollten neben Sozialarbeiterinnen auch von Ärzten wahrgenommen werden. Diese Aufgabe sei nur durch eine vorbereitende Fortbildung zu leisten, so eine Forderung von *Mattheis*, die von vielen niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen angenommen wurde. Durch ihre Mitarbeit in den Gremien unterstützte *Ruth Mattheis* 1976 die Öffnung des ersten Frauenhauses in Berlin. Zudem gab

es erste Bemühungen von Krankenschwestern aus dem Klinikum Steglitz, krebserkrankten Frauen Hilfe durch Selbsthilfe zu ermöglichen. Sie selbst fühlten sich überfordert, waren aber von der Notwendigkeit überzeugt. *Mattheis* unterstützte diese Ansätze. Sie fand Wege, Einladungen für die Betroffenen zu organisieren und sie mit geringen Mitteln zu finanzieren. So entstand die erste Selbsthilfegruppe krebserkrankter Frauen in Berlin. Ihre Tätigkeit in der Gesundheitsverwaltung übte *Ruth Mattheis* bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 1984 aus. Aber auch danach waren ihre Kompetenzen in vielen Gremien erwünscht.

Neben ihren Aktivitäten in der Gesundheitsverwaltung arbeitete sie in vielen Gremien innerhalb und außerhalb Berlins mit. Von 1972 bis 1991 war sie Delegierte bei der Weltgesundheitsorganisation. Seit 1963 ist sie Mitglied des Redaktionsbeirats der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ des DZI. Seit 1990 wirkt sie als Patientenfürsprecherin im Evangelischen Krankenhaus Königin-Eisabeth Herzberge. Sie war immer auch an der Qualifikation der im Gesundheitswesen tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen interessiert. So lehrte sie in den 1960er-Jahren das Fach Sozialhygiene nebenamtlich am Seminar für Soziale Arbeit, der heutigen Alice Salomon Hochschule Berlin, und an der Evangelischen Schule für Sozialarbeit, der heutigen Evangelischen Fachhochschule Berlin. Die Senatsgesundheitsverwaltung gab seit Mitte der 1970er-Jahre aufgrund ihrer Anregung für die Sozialarbeiter und Arzthelferinnen der Gesundheitsämter regelmäßig ein Fortbildungsprogramm heraus.

In den 1970er-Jahren kam es zu Spannungen in der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Sozialarbeitern im Gesundheitsbereich. *Mattheis* war von der Notwendigkeit der Mitarbeit der Berufsgruppe der Sozialarbeiter überzeugt. So schlug sie vor, dass Arzt, Ärztin und Sozialarbeiterin, Sozialarbeiter „einen neuen Anfang in ihrer Zusammenarbeit machen. Das wird nur gelingen, wenn der Arzt bereit ist, den Sozialarbeiter als unabhängigen, selbstständigen Mitarbeiter anzuerkennen, und wenn der Sozialarbeiter seinerseits in der Lage und bereit ist, seine Aufgaben, aber auch seine Grenzen richtig zu sehen und einzuhalten“. Den Fachhochschulen empfahl sie, sich intensiver auf die Arbeitsfelder des Gesundheitswesens einzustellen (*Mattheis* 1974, S. 576-581). Rückblickend betrachtet setzten sich *Mattheis'* Einschätzung und ihr Optimismus durch.

1988 wurde ihr mit der Leitung der Ethikkommission der Berliner Ärztekammer eine interessante und ver-

antwortungsvolle Aufgabe übertragen. Ein Anliegen, das sie konsequent vertrat, nämlich dem Willen von Patienten und Patientinnen Folge zu leisten, wurde in diesen Tagen gesetzlich geregelt, die Patientenverfügung.

Ruth Mattheis hat viele Vorschläge zur Beratung und Hilfeleistung angeregt, die auch vielfach umgesetzt wurden. Sie alle zusammenzutragen und zu würdigen, muss an anderer Stelle geleistet werden. Es kann heute gesagt werden, dass ihre Anstrengungen und ihr Einsatz in vielen Bereichen des Gesundheitswesens dazu beigetragen haben, dass für Menschen, die ihre Probleme nicht allein bewältigen können, Hilfen und Unterstützung entwickelt und angeboten werden. Viele dieser Angebote wurden Vorbild und fanden Nachahmer. Dass *Ruth Mattheis* dieses immer noch praktiziert, kann als ein Geschenk empfunden werden. Dafür ist Dank zu sagen.

Literatur

Mattheis, R.: Probleme des geschädigten Kindes und seiner Familie. In: Soziale Arbeit 3/1960a, S. 100-104

Mattheis, R.: Sozialhygienische Erhebungen in Westberliner Wohnlagern bei schulunreifen Flüchtlingskindern und ihren Familien. In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 7/1960b, S. 41-252 und 8/1960b, S. 282-290

Mattheis, R.: Sozialarbeiter im Gesundheitswesen. In: Das Öffentliche Gesundheitswesen 8/1974, S. 576-581

Rundschau

► Allgemeines

Elektronische Anmeldungen zum Vereinsregister. Der Bundesrat hat am 18. September dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, nach dem die Anmeldung zum Vereinsregister künftig auch in elektronischer Form rechtswirksam ist. Die Änderung, die am 30. September 2009 in Kraft trat, stellt für Länder, die die Vereinsregister oder Teile der Registerakten bereits elektronisch führen, eine Arbeitserleichterung dar. Eine notarielle Beglaubigung der Anmeldung ist jedoch weiterhin erforderlich. Trotz der Neuregelung sind Eintragungen in Papierform weiterhin möglich. Das Gesetz beinhaltet einige weitere registerrechtliche Änderungen und begrenzt die Haftung von ehrenamtlich tätigen Vorständen mit einem Honorar von maximal 500 Euro im Jahr. Diese haften nur noch bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. *Quelle: bbe-newsletter 20/2009*

Anstieg der Arbeitslosigkeit. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr voraussichtlich um 640 000 auf 4,1 Mio. Personen ansteigen. Mit Blick auf das sich abzeichnende Ende der wirtschaftlichen Talfrucht geht das IAB davon aus, dass selbst in den für die Beschäftigung ungünstigen Wintermonaten die 5-Millionen-Marke nicht erreicht werde. Andererseits könne der für 2010 prognostizierte Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,5 % nicht alle Arbeitsplätze sichern. So stünden für den Herbst und Winter 2009/2010 Entlassungen zu befürchten, da es den Betrieben nicht möglich sei, die Kosten für die Unterauslastung der Belegschaft durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten dauerhaft zu tragen. Jedoch werde die demographische Entwicklung vor allem in den neuen Bundesländern einen Rückgang des Arbeitskräfteangebots mit sich bringen und damit den Arbeitsmarkt entlasten. Auch aufgrund der unterschiedlichen Verteilung der Branchen finde der Zuwachs der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ausschließlich in Westdeutschland statt. Die Studie steht im Internet unter www.doku.iab.de/kurzber/2009/kb2009.pdf. *Quelle: Mitteilung des IAB vom 15. September 2009*

Ausschluss oder Teilhabe. Rechtliche Rahmenbedingungen für Geduldete und Asylsuchende – ein Leitfadens. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Von Joachim Genge und Imke Juretzka. Hrsg. Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2009, 34 S., kostenlos *DZI-D-8896*
Nach Stand vom 31. Dezember 2008 leben in Deutschland 104 945 Menschen mit einer Duldung. Für die Verlängerung ihrer „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ müssen sie in der Regel ein eigenes Einkommen nachweisen, was angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage eine besondere Hürde darstellt. Hier möchte dieser Ratgeber durch einen detaillierten Überblick über die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen behilflich sein und den Weg in die